

Bündner NFA

18 Verbände fordern: Die NFA soll vor das Volk

Gegen die NFA wird von 18 Verbänden das Referendum ergriffen. Die NFA schwäche die Volksschule und zerstöre bewährte Strukturen, erklärte das Referendumskomitee gestern vor den Medien.

Von Luca Geisseler

Vorne auf dem Tisch, an dem die Vertreter des Referendumskomitees Platz genommen haben, liegt er, der Stein des Anstosses: die gelb eingebundene, fast 600-seitige Botschaft über die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Bündner NFA). Die vom grossen Rat erst in der vergangenen Woche gutgeheissene NFA schwäche die Bündner Volksschule wesentlich und zerstöre bewährte Strukturen, erklärte das Referendumskomitee gestern im Saal des Restaurants «Va Bene» in Chur vor den Medien. 18 Verbände aus dem Bildungs- und Sozialbereich lancierten nun ein Referendum gegen die Bündner NFA.

Rückschritt statt Fortschritt

«Inakzeptabel» sei die NFA, lautete das vernichtende Verdikt von **Patrik Degiacomi**, dem Präsidenten von AvenirSocial Graubünden. Die NFA bereite der fortschrittlichen Bündner Sozialpolitik ein abruptes Ende. Das Sozialhilfemodell des Kantons Graubünden, das



Fabio Cantoni, Gabriela Aschwanden, Patrik Degiacomi und Cathrin Räber von der Frauenzentrale Graubünden mit dem schweren, fast 600-seitigen Stein des Anstosses. (Foto Jo Diener)

zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufgegleist worden sei, habe sich bis heute derart bewährt, dass fast die gesamte Deutschschweiz die Sozialhilfe zunehmend nach dem Bündner Modell umgestaltet habe. Es gehe doch nicht an, erklärte Degiacomi, dass mit der NFA nun ausgerechnet Graubünden dieses von vielen Kantonen imitierte fortschrittliche Modell kappe.

Auch **Fabio Cantoni**, Präsident der Lehrpersonen Graubünden (Legr), ist der dezidierten Ansicht, dass die NFA mehr Rückschritt denn Fortschritt darstelle. «Der

Kanton hat für ein einheitliches Bildungsangebot zu sorgen und darf sich nicht aus der Volksschule zurückziehen», fordert Cantoni unmissverständlich. Es brauche in Graubünden auch in Zukunft weiter tragfähige Schulstrukturen. «Nur mit einem echten Verbund, in welchem Kanton und Gemeinden gemeinsam für gleiche Bildungschancen sorgen, wird für unsere Schule eine solide Zukunft geschaffen», zeigt sich der Legr-Präsident überzeugt. Auch die Bündner Schulbehörden errichten es als zentral, allen Kindern in Graubün-

den die gleichen Bildungschancen zu garantieren. «Der Kanton darf sich deshalb nicht noch mehr aus der Bildungspolitik verabschieden», verlangt **Gabriela Aschwanden-Büchel**, die Präsidentin des Schulbehördenverband.

Deshalb soll die NFA, dieses laut Cantoni «unmögliche Konstrukt», jetzt vor das Volk. Dafür muss das Referendumskomitee in den nächsten drei Monaten aber 1500 Unterschriften sammeln. Gelingt dies, dann ist es am Volk, die gelbe Botschaft vom Tisch zu stossen – oder auch nicht.

att

Bündner NFA

Die NFA soll vor das Volk

18 Verbände aus dem Bildungs- und Sozialbereich ergreifen das Referendum gegen die Neuregelung des Bündner Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (NFA). Die vom Grossen Rat in Poschiavo verabschiedete Bündner NFA schwäche die Volksschule und zerstöre bewährte Strukturen, monierte das Referendumskomitee gestern in Chur. Verlierer wären Kinder, Behinderte, sozial Schwache und Frauen, da der Kanton sich aus diesen Bereichen zurückziehe.

► Seite 4